

## Gegen Baufirmen gerichtete Kriminalität in Berlin 2018

- **Diebstähle nehmen zu – Einbrecher verursachen Millionenschäden**
- **Aufklärungsquote bleibt trotz Anstieg niedrig**
- **Bauunternehmen auch Opfer von Vandalismus und Anschlägen**

### ➤ **Diebstahldelikte 2018 im Vorjahresvergleich gestiegen**

Im Jahr 2018 hat die Zahl der registrierten Baustellendiebstähle zugenommen. Insgesamt erhöhten sich die entsprechenden Straftatbestände in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) von Berlin 2018 im Vergleich mit dem Vorjahr um 3,7 Prozent und damit entgegengesetzt zum Landestrend, denn die Gruppe der übrigen Diebstahldelikte (ohne Baustellendiebstähle) ging in Berlin um 4,8 Prozent zurück. Die Gesamtzahl der Baustellendiebstähle stieg um 85 auf 2.356 Fälle, dem höchsten Wert seit 2014. Das Gewicht von schweren Diebstahldelikten auf Baustellen, dabei handelt es sich um Fälle, bei denen sich Täter gewaltsam Zugang zu gesicherten Räumen oder Baustellen verschafften und Fälle, bei denen Täter Waffen mit sich führten sowie um Fälle des organisierten Bandendiebstahls, verringerte sich in der Gesamtstatistik von 66,1 Prozent 2017 auf 64,9 Prozent 2018, blieb aber deutlich höher als bei den übrigen Diebstahldelikten, wo derartig schwere Fälle 2018 43,7 Prozent der Diebstähle ausmachten. „Gerade der hohe Anteil besonders schwerer Diebstähle ist alarmierend und zeigt, dass die Kriminalität zum Schaden von Bauunternehmen und Bauherren in der Stadt auf hohem Level verharrt“, erklärte Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V. (BIVO) nach Bekanntgabe der Fallzahlen durch das Landeskriminalamt Berlin.

### ➤ **Diebstähle verursachen hohe Schäden – Schadenssumme steigt**

Die Schadenssumme der in der PKS erfassten Fälle von Diebstählen auf Berliner Baustellen wurde 2018 mit 6,9 Millionen Euro angegeben, was einem Zuwachs von 2,0 Prozent zum Vorjahr entsprach. Der tatsächliche Schaden bei den Bauunternehmen ist aber weit höher, da in der PKS lediglich der Wert des Diebesgutes abgebildet wird. Durch Diebstahl verursachte Sachschäden an Gebäuden und Einrichtungen, Wiederbeschaffungskosten, Ausfallzeiten, Personal-, Rechts- und Beratungskosten bleiben damit ebenso unberücksichtigt wie Schäden durch Einbrüche und Diebstähle in den Firmensitzen der Bauunternehmen selbst sowie der materielle Schaden infolge von Sachbeschädigungen und Anschlägen. „Der finanzielle Gesamtschaden der Bauunternehmen ist damit tatsächlich um ein Vielfaches höher und beläuft sich entsprechend eigener Erhebungen des BIVO für das Baugewerbe in Berlin 2018 auf etwa 65 Millionen Euro, das waren rund fünf Millionen Euro mehr als im Vorjahr“, ergänzte Momberg.

## ➤ **Aufklärungsquote 2018 leicht gestiegen**

Die Aufklärungsquote bei den registrierten Baustellendiebstählen lag 2018 in Berlin bei durchschnittlich 8,4 Prozent und hat damit zugenommen (2017: 6,4 %). Sie verblieb allerdings, wie in den Jahren zuvor, sehr deutlich unter der Aufklärungsquote der übrigen Diebstähle in der Stadt, welche in 2018 21,9 Prozent betrug (2017: 20,6 %). Die Aufklärungsquote bei Fällen von schwerem Diebstahl auf Baustellen hat sich von 2,7 Prozent 2017 auf 5,7 Prozent 2018 ebenfalls erhöht. Auch dabei galt allerdings, dass hier Baustellendiebstähle schlechter abschnitten als die übrigen Diebstahldelikte, bei denen die Aufklärungsquote 2018 9,4 Prozent betrug (2017: 8,7 %).

## ➤ **Bauunternehmen 2018 als Ziel von Vandalismus / Sachbeschädigungen und Anschlägen**

Der BIVO hat in einer aktuellen Umfrage unter Bauunternehmen in Berlin festgestellt, dass die Zahl der Firmen, die 2018 Ziel von Anschlägen und Vandalismus / Sachbeschädigungen wurden, im Vorjahresvergleich konstant blieb. „Entsprechend unserer Befragung war sowohl 2017 als auch 2018 etwa jedes dritte Bauunternehmen in Berlin mit derartigen Vorfällen konfrontiert, das waren jedoch weniger als im Umland der Stadt“, so Momberg abschließend.

*Der Bauindustrieverband Ost e. V. (BIVO) vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.*

Potsdam, 19. September 2019